

**Wir bieten Ihnen finanzielle Sicherheit im Leistungsfall !**

**\*\*Auszug aus der PDV 300, Nr. 3.1.2:**

Der Polizeibeamte genügt den besonderen gesundheitlichen Anforderungen des Polizeivollzugsdienstes, wenn seine körperliche, geistige und seelische Belastbarkeit u.a. die Verwendung im Außen- und Schichtdienst gestattet und den körperlichen Einsatz gegen Rechtsbrecher, die Anwendung unmittelbaren Zwanges sowie den Gebrauch von Waffen zulässt.

**Die Leistungszusage der INTER:**

Sofern keine gesundheitlichen oder beruflichen Risiken vorliegen, gilt bei [Polizeibeamten auf Widerruf](#) und [Beamten auf Probe](#) die Entlassung bzw. die Versetzung in den Ruhestand wegen Polizeidienstunfähigkeit ausschließlich aus gesundheitlichen Gründen als vollständige Berufsunfähigkeit, sofern gemäß den Regelungen des Beamtenrechts eine Versetzung in ein Amt einer anderen Laufbahn nicht möglich ist.

Diese Leistungspflicht endet 72 Monate nach Entlassung bzw. Versetzung in den Ruhestand. Sie bleibt somit bestehen, wenn nach Ablauf der 72 Monate Berufsunfähigkeit im Sinne der Bedingungen vorliegt. Bei allgemeiner Dienstunfähigkeit und begrenzter Dienstunfähigkeit ausschließlich aus gesundheitlichen Gründen endet diese Leistungspflicht ebenfalls nach 72 Monaten nach Entlassung bzw. Versetzung in den Ruhestand bei Polizeibeamten auf Widerruf und Polizeibeamten auf Probe.

Bei [Polizeibeamten auf Lebenszeit](#) dagegen entfällt bei allgemeiner Dienstunfähigkeit und begrenzter Dienstunfähigkeit die Begrenzung auf 72 Monate. Erfolgt eine Versetzung wegen Dienstunfähigkeit, begrenzter Dienstunfähigkeit und Polizeidienstunfähigkeit gemäß den Regelungen des Beamtenrechts in ein Amt einer anderen Laufbahn, erbringen wir dennoch die vereinbarten Leistungen für die Dauer von höchstens 12 Monaten ab Amtsantritt in Höhe von bis zu 750 € monatlich, maximal bis zum Ablauf der vereinbarten Leistungsdauer.

**Dienstunfähigkeit aus gesundheitlichen Gründen; Vorteile auf einen Blick**

- Bei Polizeibeamten auf Lebenszeit dynamisierte Rentenzahlungen bis Ende der vereinbarten Leistungsdauer
- Bei Polizeibeamten auf Widerruf/Probe mindestens 6 Jahre dynamisierte Rentenzahlungen bei Dienstunfähigkeit
- Liegt danach Berufsunfähigkeit vor, bleibt die Leistungspflicht bestehen
- **Zahlung der Rente** vereinbarungsgemäß schon bei Polizeidienstunfähigkeit aus gesundheitlichen Gründen, sofern keine Versetzung in ein Amt einer anderen Laufbahn möglich ist
- Erfolgt eine Versetzung in ein Amt einer anderen Laufbahn, erbringen wir dennoch die Leistungen für höchstens 12 Monate in Höhe von bis zu 750 €
- Kompetente Beratung und innovative Versicherungsprodukte sichern Ihren Lebensstandard

Wir stehen Ihnen auf Wunsch gerne für ausführliche Informationen zur Verfügung. Rufen oder schreiben Sie uns einfach an:

INTER Lebensversicherung aG Maklerdirektion	Erzbergerstr 9 – 15 68165 Mannheim Tel: 0621 – 427- 2728
---	--

Vermittlerstempel:

**Dienstunfähig bei der Polizei?**

Bedarfsgerechter Schutz für Beamtinnen und Beamte der Polizei in Bund und Land



**Gesichert in die Zukunft – mit der Dienstunfähigkeitsversicherung**



## Sie sind ...

...Polizeibeamtin/beamter und müssen laut Nummer 3.1.2 der PDV 300 den besonderen gesundheitlichen Anforderungen des Polizeivollzugsdienstes genügen!

\*\* (2. Seite)

## Beamtin / Beamter auf Widerruf (BaW)

## Beamtin / Beamter auf Probe (BaP)

## Beamtin / Beamter auf Lebenszeit (BaL)

## Sie haben, ...

...wenn Sie den hohen Anforderungen des Polizeivollzugsdienstes nicht mehr genügen, nach den Bestimmungen der Beamtengesetzgebung des Bundes oder der Länder...

### ... keinen Anspruch auf Ruhegehalt

Beamte auf Widerruf werden bei Dienstunfähigkeit (DU) aus dem Beamtenverhältnis entlassen und in der gesetzlichen Rentenversicherung auf Kosten des Arbeitgebers nachversichert. Bei DU infolge eines Dienstunfalles wird für die Dauer der Erwerbsbeschränkung gemäß § 38 BeamtVG ein Unterhaltsbeitrag gezahlt. Hat die DU eine andere Ursache, wird kein Unterhaltsbeitrag gezahlt.

### ... keinen Anspruch auf Ruhegehalt

bei **weniger** als 5 Dienstjahren.

**Ausnahme:** Bei Dienstunfähigkeit infolge eines Dienstunfalles oder einer Dienstbeschädigung. In anderen Fällen wird der Beamte entlassen und in der gesetzlichen Rentenversicherung auf Kosten des Arbeitgebers nachversichert; ihm kann jedoch auch gem. § 15 BeamtVG ein Unterhaltsbeitrag gewährt werden.

### ... Anspruch auf Ruhegehalt

Beamte mit 5 Dienstjahren und mehr.

### ... keinen Anspruch auf Ruhegehalt

bei **weniger** als 5 Dienstjahren.

**Ausnahme:** Bei Dienstunfähigkeit infolge eines Dienstunfalles oder einer Dienstbeschädigung. In anderen Fällen wird der Beamte entlassen und in der gesetzlichen Rentenversicherung auf Kosten des Arbeitgebers nachversichert; ihm kann jedoch auch gem. § 15 BeamtVG ein Unterhaltsbeitrag gewährt werden.

### ... Anspruch auf Ruhegehalt

Beamte mit 5 Dienstjahren und mehr.

Bitte beachten Sie :

Mit Wirkung vom 01.07.97 erhalten BaL im Rahmen des Gesetzes zur Reform des öffentl. Dienstes zum Teil erheblich reduzierte Versorgungsbezüge.

Informationen erhalten Sie bei Ihrem Berater.

## Das können wir für Sie tun:

Mit einer Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung oder selbständigen Berufsunfähigkeitsversicherung der INTER Lebensversicherung aG schließen Sie Ihre Versorgungslücke bei Dienstunfähigkeit:

- Bei BaL gilt die Versetzung in den Ruhestand wegen allgemeiner, begrenzter und Polizeidienstunfähigkeit ausschließlich aus gesundheitlichen Gründen als vollständige Berufsunfähigkeit
- Kurzer Prognosezeitraum. Sofortige Rentenzahlung bei voraussichtlich 6monatiger Berufsunfähigkeit
- Keine Verweisklausel bei Leistungsbeginn
- 72 Monate garantierte Rentenzahlung bei Dienstunfähigkeit aus gesundheitlichen Gründen bei BaW/BaP; genug Zeit um einen neuen Beruf zu erlernen
- Prüfung einer Verweismöglichkeit erst nach 72 Monaten des Rentenbezuges bei BaW/BaP
- Liegt danach bedingungsgemäß Berufsunfähigkeit vor, bleibt die Leistungspflicht bestehen
- Genereller Verzicht auf abstrakte Verweisung bei fortbestehender Berufsunfähigkeit
- Ab dem 2. Jahr Rentenbezug steigt die Rente aufgrund Überschußbeteiligung\* dynamisch
- Beitragsfreistellung im Leistungsfall
- Erfolgt bei Polizeidienstunfähigkeit eine Versetzung in ein Amt einer anderen Laufbahn, erbringen wir dennoch die Leistungen für höchstens 12 Monate in Höhe von maximal 750 € monatlich, längstens bis zum Ablauf der vereinbarten Leistungsdauer
- Nachantragliche Anzeigepflicht entfällt
- Nachversicherungsgarantie ohne erneute Gesundheitsprüfung im Rahmen von Alters-, Summen- und zeitlichen Grenzen
- Rückwirkende Leistung bei verspäteter Meldung
- Weltweiter Versicherungsschutz

\* Die Leistungen aus der Überschußbeteiligung können nicht garantiert werden.